

SIEBENUNDZWANZIG

Mit 27 Frauen und Männern – also deutlich mehr Kandidat*innen als 2014 – geht die Rostocker LINKE in die Kommunalwahl 2019. Eine Vertreterversammlung nominierte die Kandidat*innen am 12. Januar. Spitzenkandidatin in allen fünf Wahlbereichen ist Eva-Maria Kröger, die Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion.

Viel Sitzfleisch und Lebensmittelvorräte hatten die Vertreter*innen in die Stadthalle mitgebracht, um den erwarteten Wahlmarathon erfolgreich zu bestehen. Es kam anders: Schon um 14 Uhr – also drei Stunden früher als erwartet – war die Versammlung beendet. Der Kreisvorstand hatte diesmal einen Listenvorschlag für die Wahlbereiche präsentiert, der auch bei den Kandidat*innen auf große Zustimmung stieß. Es gab keine einzige Kampfkandidatur um begehrte Listenplätze, so dass die Wahl zügig über die Bühne ging. Der Co-Kreisvorsitzende Carsten Penzlin stimmte die Anwesenden auf das „Super-

wahljahr“ mit Bürgerschafts-, OB- und Europawahl ein. Unser Ziel ist es, dass ein Oberbürgermeister Steffen Bockhahn einen starken Rückhalt in der Bürgerschaft bekommt. DIE LINKE soll weiter die stärkste Fraktion stellen; auch der Erhalt der

unserer Partei, sondern an der Demokratie sei.

Auf den fünf Listen befinden sich junge Kandidat*innen, die zum Teil aber bereits wertvolle Erfahrungen als Abgeordnete oder sachkundige Einwohner*innen gewinnen konnten. Erfahrene Kandidaten wie Dr. Wolfgang Nitzsche und Andreas Engelmann wollen ihre Erfahrungen und Kontakte weiter in die Arbeit der Fraktion einbringen. Einige neue Gesichter – darunter viele im mittleren Alter – können wertvolle Erfahrungen aus zivilgesellschaftlicher Arbeit beisteuern. Damit befolgen sie auch den Rat des Kandidaten Lajos Orban, demzufolge es nicht reicht zu sagen: „Man



rot-rot-grünen Mehrheit im Stadtparlament ist wichtig, damit nicht die AfD das Zünglein an der Waage wird. Das wäre schlimm für Rostock. Carsten bedankte sich bei den ausscheidenden Fraktionsmitgliedern und bei den Bewerber*innen, deren Kandidatur nicht nur ein Dienst an

müsste ...“. Auch das eigene Engagement entscheidet darüber mit, in welche Richtung sich die Heimatstadt entwickelt. Zwei Parteilose kandidieren auf unseren Listen: Christa Petersmann und Hannes Möller.

Fortsetzung auf S. 3

◀ AUS DEM LANDKREIS

Nach 30 Jahren Wechsel in der
Geschäftsführung

DIE LINKE.Kreisverband Landkreis Rostock übergibt Geschäftsführung in jüngere Hände

Personeller Neustart ins Jahr 2019 beim Kreisverband Landkreis Rostock der LINKEN. Peter Georgi übernahm am 1. Januar die Geschäftsführung von Peter Hörnig, der nach 30 Jahren hauptamtlicher Tätigkeit in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet wurde. Peter Hörnig steht dem

Kreisvorstand bis zum Ende der Legislaturperiode im November 2019 auch weiterhin als ehrenamtlicher Vorsitzender vor.

Peter Georgi ist 54 Jahre alt, ausgebildeter Jugendsozialarbeiter und wohnhaft in der Gemeinde Roggentin. Er ist seit 2014 Mitglied des Kreistages Landkreis Rostock, Mitglied des Kreisvorstandes der Partei und Gemeindevertreter in Roggentin. Peter Georgi ist Mitglied des Amtsausschusses Carbak und dessen stellvertretender Vorsteher. Peter Georgi kandidierte 2016 als Direktkandidat seiner Partei zur Land-



tagswahl für den Wahlkreis 12.

**In dieser
Ausgabe**

Seite 2: Kreistagswahl
Seite 3/4: Kommunalwahl
Seite 5: Finanzpolitik
Seite 6/7: Asyl und Migration
Seite 8: Rotfeder / Gedenken

Seite 9: Bündnis für Wohnen
Seite 10: Kurt Kaiser
Seite 10: VVN-Gedenken
Seite 11: Jörnbergareal
Seite 12: Kostenloser ÖPNV?

Liebe Leserinnen und Leser, der KLARTEXT kommt ab dieser Ausgabe etwas anders daher. Ihr werdet sagen: Es war doch alles perfekt, warum muss man etwas ändern? Aber das Layout war doch ein bisschen in die Jahre gekommen, auch die Erfindung des Farbfotos ist ja nun schon etwas länger her, und dem wollen wir Rechnung tragen. Es sind nun auch nicht mehr 16 Seiten Umfang, sondern acht bis zwölf – je nachdem, wie viel Material die Redaktion bekommt. Es liegt also auch an Euch, mit eigenen Beiträgen die Mitgliederzeitung lesenswert zu gestalten. Das Preisausschreiben entfällt, da es kaum Zuschriften gab. Waren die Fragen zu schwer?

Der Preis einer Ausgabe beträgt fortan 50 Cent. Es wird also nicht alles teurer – auch hier schwimmt DIE LINKE gegen den Strom.

Die inhaltliche Ausrichtung des KLARTEXT wird sich nicht ändern. Wir wollen auch weiter über die Arbeit der Vorstände, Fraktionen und Basisorganisationen berichten und freuen uns über interessante Debattenbeiträge. Lest zum Beispiel



den Artikel von Andreas Engelmann zum Thema kostenloser ÖPNV auf Seite 12. Gedenktage spielen für Linke eine große Rolle. Auch im KLARTEXT wollen wir dem weiter gebührend Rechnung tragen. Kritiker sprechen von hohlen Ritualen, aber Rituale sind wichtig für Menschen. Aus Anlass der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vor 100 Jahren drucken wir einen Text von Katja Kipping zu diesem Thema ab (S. 8).

Ein persönlich und politisch erfolgreiches Jahr 2019 wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion. Und natürlich viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT. CP

WAHLKAMPF

Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl in den Kreistag Landkreis Rostock

In den kommenden Ausgaben wollen wir Euch einige Kandidat*innen zur Kommunalwahl im Landkreis Rostock vorstellen. Den Auftakt macht Karin Schmidt. Name, Vorname: Schmidt, Karin Alter: 63 Jahre; Kreisverband: Landkreis Rostock; Beruf: Diplomehrerin; Tätigkeit: Lehrerin an einer Kooperativen Gesamtschule; Mitglied der LINKEN seit 1989 Mitglied der PDS (seit 1974 Mitglied der SED)



Auf der Grundlage meines beruflichen, ehrenamtlichen und politischen Werdegangs kann ich verschiedene Fachbereiche kompetent in die Kommunalpolitik einbringen. Seit 1978 bin ich als Lehrerin tätig, z. Z. am Recknitz - Campus Laage mit Ganztagsangeboten für die Klassenstufen 1-12 als Gymnasiallehrerin für Geografie und Geschichte. Ich bin Klassenlehrerin, betreute Referendare, bin im Lehrerrat und Personalratsvorsitzende.

Seit 1990 bin ich Mitglied des Kreistages Güstrow, war von 1994 bis 2004 Kreistagspräsidentin und in dieser Funktion Mitglied des Vorstandes des Landkreistages. Ich war beständig Mitglied des Kreisausschusses und bin seit 2009 Fraktionsvorsitzende. In meiner Heimatstadt Laage bin ich seit 2004 Mitglied der Stadtvertreterversammlung und bin dort Finanzausschussvorsitzende. Die Kommunalpolitik habe ich in der Zeit von 2001 bis 2006 als MdL auch beruflich bearbeitet, u. a. als Mitglied der Enquetekommission und des Sonderausschusses „Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform“. Aktiv habe ich diese Thematik auf kommunaler Ebene in verschiedenen Gremien begleitet und kenne die ehrenamtlichen Herausforderungen in dem viertgrößten Flächenkreis Deutschlands sehr genau.

In meiner Tätigkeit als MdL war ich kulturpolitische, frauen- und gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion. Beide Aufgabenbereiche lagen und liegen mir sehr am Herzen, aus persönlicher Interessiertheit und damit verbundenem Engagement, aber auch wegen der gesellschaftlichen Relevanz gerade dieser Politikbereiche.

AKTUELLES

Längere Arbeitszeiten machen Eltern krank,

LINKE fordert kurze Vollzeit

Wenn die wöchentliche Arbeitszeit von Beschäftigten auch nur um eine Stunde steigt, nehmen die Arztbesuche um 13 Prozent zu. Eltern leiden dabei besonders unter längeren Arbeitszeiten, das geht aus einer Studie der Universitäten Halle-Wittenberg und Erlangen-Nürnberg hervor. Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, erklärt dazu:

Diese Studie bestätigt, was wir Eltern aus dem Familienalltag schon längst wissen: Die Verdichtung der Arbeitswelt und längere Arbeitszeiten sind familienunfreundlich. Die hohe Belastung und Zeitdruck verursachen massiven Stress, der zunehmend zum Gesundheitsrisiko wird.

Deshalb ist es höchste Zeit für eine Initiative zur Arbeitszeitverkürzung und gerechteren Verteilung der Arbeit. Denn während viele Menschen unter zu viel Arbeit leiden,

haben andere zu wenig oder – selbst in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs – gar keine Arbeit.

Wir brauchen eine kurze Vollzeit bzw. lange Teilzeit, also Wahlarbeitszeiten zwischen 28 und 35 Stunden pro Woche mit Lohnausgleich. Das ist unsere Alternative zu diesem System von Existenzangst und Dauerstress. Damit die Arbeit eher um das Leben kreist, statt dass sich ganze Leben um die Arbeit dreht. Zeitwohlstand und soziale Absicherung sind die attraktive Basis eines ökologischen Wohlstandsmodells der Zukunft.



WAHLKAMPF AUF KURS IN DIE BÜRGERSCHAFT

Fortsetzung von S. 1

Eva-Maria Kröger verwies in ihrer Bewerbungsrede auf das Alleinstellungsmerkmal der Rostocker LINKEN: Unsere Partei genießt in der Bevölkerung viel Vertrauen. Auf die LINKE kann man sich verlassen, sie zeichnet sich durch Empathie und Fleiß aus, sie macht Politik auf Augenhöhe mit den Menschen. Zudem lobte Eva den kollegialen Umgang in der Fraktion, die auch Streit aushält.

In den Bewerbungsreden der anderen Kandidat*innen spiegelten sich die Schwerpunkte des anstehenden Wahlkampfes wider: Rostock muss seine neu gewonnenen Spielräume für Investitionen in die Infrastruktur und mehr Personal nutzen. Der Abbau des Investitionsstaus (Kitas, Schulen, Gehwege etc.) müsse dabei Vorrang vor Prestigeobjekten wie der BUGA haben. Die Wohngebiete müssten attraktiver werden. Die Fahrpreise im ÖPNV dürften nicht weiter steigen. Phillip Bock forderte beispielsweise, den ÖPNV mittelfristig für weitere Gruppen kostenlos zu machen, langfristig für alle. DIE LINKE will noch mehr mit Vereinen, Verbänden und Initiativen zusammenarbeiten. Alle Kandidierenden erhielten von der Versammlung großen Rückhalt für ihre Bewerbungen, einige konnten sich sogar über 100 % Zustimmung freuen. Sie werden sich gerne bei Euch in den Stadtteilverbänden vorstellen, wenn Ihr sie fragt. Auch im KLARTEXT werden wir wieder eine geeignete Form finden, Euch alle Kandidat*innen vorzustellen.

Text: Carsten Penzlin / Fotos: Phillip Bock

Und hier nun die Ergebnisse der Vertreterversammlung nach Wahlbereichen

Wahlbereich 1 (Warnemünde, Diedrichshagen, Markgrafenheide, Hohe Düne, Hinrichshagen, Wiethagen, Torfbrücke, Lichtenhagen, Groß Klein):

Platz 1: Eva-Maria Kröger 40 (Ja)/2 (Nein)/0 (Enthaltung)
 Platz 2: Andreas Engelmann 39/2/2
 Platz 3: Nurgül Senli 40/2/2
 Platz 4: Karsten Kolbe 42/2/0
 Platz 5: Jutta Reinders 40/2/2
 Platz 6: Helge Bothur 41/1/2
 Platz 7: Christa Petersmann 42/0/2
 Platz 8: Wolfgang Nitzsche 40/1/3
 Platz 9: Regine Lück 40/1/3
 Platz 10: Robert Kröger 42/0/2
 Platz 11: Monique Tannhäuser 38/4/2
 Platz 12: Olaf Groth 39/4/1

Platz 13: Lisa Kranig 41/3/0
 Platz 14: Maximilian Hentschel 40/4/0



Spitzenkandidatin Eva-Maria Kröger

Wahlbereich 2 (Lütten Klein, Evershagen, Schmarl):

Platz 1: Eva-Maria Kröger 39/2/1
 Platz 2: Karsten Kolbe 41/2/0
 Platz 3: Regine Lück 42/2/0
 Platz 4: Christian Albrecht 43/0/1
 Platz 5: Nurgül Senli 41/2/1
 Platz 6: Wolfgang Nitzsche 40/1/3
 Platz 7: Jutta Reinders 40/1/3
 Platz 8: Sandro Smolka 42/1/1
 Platz 9: Kristin Schröder 39/3/2
 Platz 10: Hannes Nehls 44/0/0
 Platz 11: Lisa Kranig 41/2/1
 Platz 12: Eckhard Brickenkamp 44/0/0
 Platz 13: Gerit Losand-Gärber 42/1/1
 Platz 14: Maximilian Hentschel 44/0/0

Wahlbereich 3 (Reutershagen, Hansaviertel, Gartenstadt/Stadtweide, Südstadt, Biestow):

Platz 1: Eva-Maria Kröger 40/2/0
 Platz 2: Kristin Schröder 39/4/0
 Platz 3: Lisa Kranig 42/1/1
 Platz 4: Lajos Orban 39/1/4
 Platz 5: Regine Lück 41/2/1
 Platz 6: Robert Kröger 44/0/0
 Platz 7: Monique Tannhäuser 39/4/1
 Platz 8: Sandro Smolka 40/4/0
 Platz 9: Jutta Reinders 40/2/2
 Platz 10: Wolfgang Nitzsche 38/4/2
 Platz 11: Christa Petersmann 43/0/1
 Platz 12: Hannes Nehls 42/1/1
 Platz 13: Gerit Losand-Gärber 41/1/2
 Platz 14: Andreas Engelmann 41/1/2

Wahlbereich 4 (Kröpeliner-Tor-Vorstadt, Stadtmitte):

Platz 1: Eva-Maria Kröger 40/2/0
 Platz 2: Nitzsche Wolfgang 40/2/1
 Platz 3: Regine Lück 39/2/3
 Platz 4: Sandro Smolka 38/5/1
 Platz 5: Lisa Kranig 40/2/2
 Platz 6: Hannes Möller 43/0/1
 Platz 7: Kristin Schröder 37/4/3
 Platz 8: Eckhard Brickenkamp 43/1/0
 Platz 9: Jutta Reinders 39/1/4
 Platz 10: Sven Thormann 40/2/2
 Platz 11: Monique Tannhäuser 39/4/1
 Platz 12: Helge Bothur 42/1/1
 Platz 13: Christa Petersmann 43/1/1
 Platz 14: Seyhmus Atay-Lichtermann 41/1/2

Wahlbereich 5 (Brinckmansdorf, Dierkow-Ost, Dierkow-West, Dierkow-Neu, Toitenwinkel, Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof):

Platz 1: Eva-Maria Kröger 40/2/0
 Platz 2: Phillip Bock 42/1/0
 Platz 3: Jutta Reinders 43/0/1
 Platz 4: Falko Schulz 40/1/3
 Platz 5: Regine Lück 41/2/1
 Platz 6: Thomas Koepcke 35/6/3
 Platz 7: Kristin Schröder 39/4/1
 Platz 8: Olaf Groth 40/1/3
 Platz 9: Gerit Losand-Gärber 43/1/0
 Platz 10: Robert Kröger 44/0/0
 Platz 11: Christa Petersmann 42/1/1
 Platz 12: Karsten Kolbe 42/1/1
 Platz 13: Nurgül Senli 41/2/1
 Platz 14: Christian Albrecht 43/1/0

Quelle: Phillip Bock / Angaben ohne Gewähr



UNSERE SCHWERPUNKTE

Am 26. Mai 2019 wird in Rostock eine neue Bürgerschaft gewählt. Die Wahl findet zeitgleich mit der Europawahl und der Wahl eines neuen Oberbürgermeisters für Rostock statt. Natürlich wird unser einstimmig beschlossenes Kommunalwahlprogramm wieder in gedruckter Form erhältlich sein. Vorab wollen wir Euch an dieser Stelle aber schon einmal ein paar Schwerpunkte vorstellen. Dann wisst Ihr, worüber Ihr mit Nachbarn, Verwandten, Bekannten und völlig fremden Menschen in den kommenden Monaten diskutieren könnt.

Rostock wächst. Damit sind auch Debatten verbunden, z.B. über den Erhalt von Kleingärten. Diese Debatten müssen wir ehrlich und auf Augenhöhe mit den Betroffenen führen. Wer miteinander diskutieren und Ziele umsetzen will, braucht einen gleichwertigen Zugang zu Informationen. Als LINKE setzen wir uns dafür ein, dass alle Interessierten die Informationen bekommen, die sie benötigen. Wohnungen müssen bezahlbar sein und den unterschiedlichen Bedürfnissen entsprechen. Wer eine Sozialwohnung benötigt, soll sie bekommen. Wir treten ein für den Neubau von Sozialwohnungen und die Sicherung sozialer Mieten im Wohnungsbestand. Die Stadt kann die Höhe von Mieten positiv beeinflussen, wir wollen das weiterhin tun. Eine Wohnung ist wichtig, doch genauso wichtig ist das Drumherum: Geschäfte und Supermärkte, Ärztehäuser und Praxen, Grünflächen und Kleingärten,

Frauentag soll Feiertag werden!

Die Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE, Mecklenburg-Vorpommern, Wenke Brüdgam und Torsten Koplín fordern, den 8. März zum gesetzlichen Feiertag zu erklären:

Der 8. März hat als internationaler Frauentag in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Viele Menschen verstehen ihn als einen Tag im Kampf gegen Diskriminierung und für Gleichstellung der Geschlechter. Immer noch verdienen Frauen bei identischer Arbeit nicht den gleichen Lohn wie Männer. Immer noch sind Frauen in Führungspositionen deutlich in der Minderheit. Dies trifft umso mehr für unsere Parlamente zu. Wir wollen ein klares Signal setzen und

Sitzgelegenheiten und Plätze zur Erholung, Begegnungsstätten und Räume für Kultur, Spiel und Sport sowie soziale Einrichtungen

stabil gehalten werden, wir wollen aber auch Wege finden, die Preise sinken zu lassen. Auch für ein Sozialticket setzen wir uns ein.

Eine vielfältige Schullandschaft ist uns wichtig. Unser Anspruch ist, das Angebot an den öffentlichen Schulen zu verbessern. Wir werden dafür sorgen, dass unsere Schulen besser mit Lehrbüchern und anderen Unterrichtsmaterialien ausgestattet sind. Schließlich sollen sich Eltern nicht gegen eine öffentliche Schule entscheiden, weil sie Angst haben, ihre Kinder würden dort eine schlechtere Ausbildung bekommen. Wir wollen einen Beitrag zur Bekämpfung der Kinderarmut leisten. Einrichtungen der Jugend- und Sozialarbeit müssen besser unterstützt werden. Junge Leute haben ein Recht auf Aufenthaltsorte und -räume, z.B. den Stadthafen.

Rostocker Kultur bedeutet Vielfalt. Diese Vielfalt wollen wir stärken. Für DIE LINKE ist eine Kultursenatorin unverzichtbar. DIE LINKE macht sich stark für kulturelle Räume in allen Stadtteilen, deshalb machen wir uns stark für kostenfreie und kostengünstige Angebote.

Kommunalpolitik wird ehrenamtlich geleistet, doch nicht nur sie! Immer mehr Aufgaben werden durch Ehrenamtliche übernommen. Wir möchten sie besser unterstützen. Denn wir können nicht genug wertschätzen, wie viele engagierte Einwohner*innen aller Altersgruppen durch ihre Mithilfe unser Zusammenleben bereichern.



Das ist unser Landesgeschäftsführer Sandro Smolka. Er liest den KLARTEXT und kandidiert wieder für die Bürgerschaft. Das ist sehr gut so!

gen müssen ebenso vorhanden sein. Die BUGA kommt. Wir waren und sind sehr skeptisch, ob Rostock alle anderen wichtigen Aufgaben trotz dieses millionenschweren Mammutprojektes schaffen kann. Schulen und Sportstätten müssen gleichzeitig saniert, Straßen und Gehwege erneuert, ein neues Theater sowie zusätzliche Feuerwachen gebaut und Kitaplätze geschaffen werden. Wir werden darauf achten, dass geplante Vorhaben in allen anderen Stadtteilen abseits des Stadthafens nicht hinten runterfallen.

Der fahrscheinlose und somit kostenlose ÖPNV ist und bleibt erklärtes langfristiges Ziel der LINKEN. Die Fahrpreise müssen in den kommenden Jahren mindestens

fordern deshalb, dass der 8. März zum gesetzlichen Feiertag in Mecklenburg-Vorpommern erklärt wird. Gerade in der heutigen Zeit, wo durch Rechtspopulisten immer mehr Errungenschaften der internationalen Frauenbewegung in Frage gestellt werden, wird es immer wichtiger für Gleichstellung zu streiten und Erreichtes zu verteidigen. Mecklenburg-Vorpommern hat im bundespolitischen Vergleich mit die wenigsten Feiertage; viele Menschen in unserem Bundesland gehören keiner Konfession an. Gerade deshalb braucht es säkulare Feiertage, mit denen eine Identifikation leichter fällt. Wir schließen uns dem Ansinnen der rot-rot-grünen Landesregierung von Berlin, den internationalen Frauentag zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, an.“



OLAF SCHÄUBLE ODER WOLFGANG SCHOLZ?

Haben Sie gemerkt, dass der mächtige Finanzminister und Vize-Kanzler ein Sozialdemokrat ist? Ich nicht. Die schwarze Null heißt jetzt rote Null, während die Infrastruktur in Deutschland auf Verschleiß gefahren wird beziehungsweise wie bei Autobahnen an Renditejäger verramscht wird. Und den Staatssekretär Jörg Kukies holte Olaf Scholz direkt von Goldman Sachs. Die Eurokrise schwelt weiter und kann jederzeit eskalieren, ob in Italien, bei neuen Turbulenzen auf den Finanzmärkten oder durch einen chaotischen Brexit. Auf Druck der Bundesregierung dürfen Volkswirtschaften wie Italien kaum noch Kredite aufnehmen, um zu investieren. Dadurch verharren sie in der Depression und können keine Schulden abbauen. Gleichzeitig droht ein Handelskrieg mit den USA, Strafzölle auf deutsche Autos, weil Deutschland und die Eurozone immer mehr ans Ausland verkaufen als von dort einkaufen.

Gleichzeitig ist eine gerechte Besteuerung von Apple und Co., die im Jahr 2014 in der EU nur 50 Euro Steuern für jede Million Euro Gewinn bezahlten, nicht in Sicht. Vorschläge für Steuern auf Digitalkonzerne wie Google hat Olaf Scholz blockiert und mit dem früheren Investmentbanker und französischen Präsidenten Emmanuel Macron eine echte Finanztransaktionssteuer zehn Jahre nach der Finanzkrise beordert. Stattdessen soll es eine Aktiensteuer geben, die 98 Prozent der Finanztransaktionen nicht erfasst. Selbst die von der EU-Kommission angestrebte Verpflichtung von Konzernen Gewinne und bezahlte Steuern für jedes Land offen zu legen – wie es im Banken- und Rohstoffsektor bereits Pflicht ist – hat Olaf Scholz verhindert. Kriminelle Vereinigungen mit Bankschalter wie die Deutsche Bank können uns offenbar weiter mit Cum-Deals (Geschäfte mit Wertpapieren) durch die Erschleichung

von Erstattungen der Kapitalertragssteuer ausnehmen. Durch Cum-Ex und Cum-Cum Geschäfte wurden alleine in Deutschland über 30 Milliarden Euro erbeutet: Das wären eine Million Euro für jede Schule in Deutschland. Gegen den Chefredakteur von Correctiv wird seitdem in Hamburg wegen der Verletzung von Geschäftsheimnissen ermittelt, statt mit aller Här-

**Eintreten:
Für soziale
Gerechtigkeit.**
DIE LINKE.

www.die-linke-mv.de

te gegen die Gangster in Nadelstreifen vorzugehen. Zwar wird auch wegen des Steuerraubs in hunderten Verfahren ermittelt, aber die Finanzmafia ist den unterfinanzierten Behörden zu oft einen Schritt voraus. Der Cum-Fake Skandal strafte im November die GroKo-Fraktionen Lügen, die zwei Wochen zuvor im Bundestag die Linke belehren wollten, solche Geschäfte gäbe es nicht mehr.

In einem bleibt der Finanzplatz Deutschland Spitze: Als Geldwäsche-Paradies für schmutzige Milliarden von Oligarchen und der Mafia. Die Deutsche Bank ist dabei sogar international führend und riskiert die nächste Milliardenstrafe in den USA, da sie

fast 200 Milliarden Dollar der dänischen Skandalbank Danske abgewickelt hat. Das Chaos bei der Geldwäschezentrale des Zolls (Financial Intelligence Unit), wo sich phasenweise über 30 000 Verdachtsmeldungen auf Geldwäsche und Terrorfinanzierung unbearbeitet stapelten, deckten wir mit unseren Anfragen auf.

Derweil gibt es Spekulationen, dass die Bundesregierung hinter den Kulissen an einer Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank arbeitet. Heraus käme ein Commerz-Punk – keine gesunde Bank. Denn zwei Zombies zeugen kein schönes Kind. Eine solche toxische Megabank wäre ein Sicherheitsrisiko für die Steuerzahler. Statt mehr öffentlich zu investieren plant der Finanzminister im nächsten Abschwung außerdem Steuersenkungen für Unternehmen. Einzig bei der Reform der Grundsteuer für Boden und Häuser hat Olaf Scholz auch ein Konzept vorgelegt, das in die richtige Richtung geht. Die Linke will dabei Mieterinnen und Mieter schützen und eine Umlage auf die Mieten verhindern.

Mit dieser Finanzpolitik bleibt Deutschland Ungleichland. Wir werden weiter Druck machen: Für mehr Investitionen in Deutschland und eine angemessene Besteuerung der Super-Reichen bei Vermögen und Erbschaften, für Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen, gegen Geldwäsche und für ein Register der wahren Eigentümer von Immobilien. Wir werden uns einsetzen für ein Unternehmensstrafrecht und mehr Steuerfahnder, gegen Cum-Deals und für Finanzbehörden, die nur noch Steuern erstatten, wenn zuvor auch versteuert wurde. Wir brauchen eine echte Finanztransaktionssteuer und die Aufspaltung der Deutschen Bank.

Fabio de Masi, stellvertretender Vorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Provokation durch US-Zerstörer in der Ostsee beenden!

Nach Berichterstattung der Schweriner Volkszeitung patrouillieren zur Zeit zwei US-Zerstörer in der Ostsee.

Hierzu erklären die Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern, Wenke Brüdgam und Torsten Koplín:

Der Einsatz dieser beiden US-Kriegsschiffe in der Ostsee ist sehr bedenklich. Angesichts der angespannten Situation

zwischen der NATO und Russland, können wir die Präsenz dieser US-Zerstörer nur als Provokation betrachten. Gerade Mecklenburg-Vorpommern sollte um ein gutes Verhältnis zu Russland bemüht sein.

Die Ostsee muss ein Meer des Friedens bleiben und nicht zum Spielball selbsternannter Weltmächte werden.

**Waffen
schaffen
keinen
Frieden**

DIE LINKE.

LANDESMITGLIEDERKONFERENZ ZUM THEMA ASYL/MIGRATION

Niemand flüchtet freiwillig. Diese Einsicht muss zuerst erfolgen. Flucht und Vertreibung sind direkte Folgen von Kriegen, Gewalt, Armut, Verfolgung, Hunger- und Klimakatastrophen sowie wirtschaftlicher Benachteiligung. Eine ungerechte Handelspolitik, diktatorische Regime, Menschenrechtsverletzungen oder Waffenlieferungen sind Triebkräfte menschenunwürdiger Lebensbedingungen. Flüchtlinge sind die Botschafter von Kriegen, Unrecht und einer verfehlten globalen Politik. Für DIE LINKE kommt das Nachdenken über die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu-

erst. Die Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Sicherheit sowie der Glaube an eine bessere Zukunft für sich und ihre Angehörigen sind nachvollziehbare Gründe für viele Menschen, ihr bisheriges Zuhause zu verlassen und wir verstehen das. Jeder hat nur das eine Leben. Würden wir nicht genau so handeln? Nicht nur die äußerst angespannte Situation auf dem Leipziger Bundesparteitag und die innerparteilichen Diskussionen über Migration haben DIE LINKE M-V veranlasst, eine Landesmitgliederkonferenz zu veranstalten. Unser Landesvorsitzende Torsten Koplin eröffnete die Konferenz im Kulturhaus Teterow. Das Meinungsspektrum, so Torsten, ist auch innerhalb unserer Partei weit gefasst. Er spricht die Charta von Palermo an: Im Jahr 2015 hat der Bürgermeister Palermos eine Charta initiiert. Darin wird dafür plädiert, dass weltweit Aufenthaltsgenehmigungen abgeschafft werden und die Freizügigkeit als unveräußerliches Menschenrecht anzuerkennen. Angesichts der politischen Diskussionen um das Asylrecht ist diese Charta aktueller denn je. „Kein Mensch hat den Ort, an dem er geboren wird, ausgesucht oder sucht diesen aus; jeder Mensch hat den Anspruch darauf, den Ort, an dem er leben, besser leben oder nicht sterben möchte, frei zu wählen“, so heißt es im ersten Absatz der Charta von Palermo 2015. Doch in der eigenen Partei, so Torsten, höre er auch: „Wir können doch nicht alle reinlassen!“ Dieser Ausruf bringt Sorgen, Ängste, eigene Probleme zum Ausdruck. Doch LINKE müssen lebensbejahende, menschliche Position beziehen und nach Antworten suchen. Viele Menschen sind gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Krieg, Verfolgung,

Hunger, Klimakatastrophen - 714 Millionen Menschen auf dieser Welt leben nicht mehr in ihrer Heimatregion. 214 Millionen von ihnen sahen sich gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, 44 Mio. Menschen sind aktuell auf der Flucht. Wir treffen uns heute auch, um uns zu informieren, Begriffe zu klären, um miteinander zu diskutieren und am Ende eine gemeinschaftlich erarbeitete Resolution zu verabschieden.

Karen Larisch, Mitglied der Landtagsfraktion, appellierte, Menschen nicht anhand von Nützlichkeitskriterien oder nach

von Flüchtlingen, der einen Dominoeffekt auslösen könnte: Jeder Staat schiebt dem nächsten die Verantwortung zu. Kein Staat ist mehr willens, die Fluchtgründe von Schutzsuchenden in einem rechtsstaatlichen Verfahren zu prüfen. Es drohen refugees in orbit - Schutzbedürftige, die niemand aufnehmen will. Durchlässige Grenzen sind längst Realität, doch offene Grenzen bedeuten nicht, dass sich alles regellos vollziehen lässt. Ja, Deutschland ist ein Einwanderungsland und sollte auch deshalb verbindliche Regeln für eben diese Einwanderung neu denken und festlegen.



Andrea Johlige, Mitglied der Landtagsfraktion in Brandenburg, erörterte die Entstehung und die wesentlichen Inhalte der Konzeption einer LINKEN Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, die 2017 entstanden ist. Verfasst wurde sie von der „Projektgruppe Einwanderung“ im Auftrag der Linksfraktionen der Landtage Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Andrea erklärte, zuerst ging es doch nur darum, Geflüchtete unterzubringen, ihnen schnellstmöglich eine Unterkunft zu besorgen. Schutzsuchende dürfen niemals abgewiesen werden. Und nun reden wir über offene Grenzen, und ja, auch diese brauchen Regeln. Dabei fragen wir immer wieder, ob offene Grenzen nur für Menschen in Not gelten. Wer vor Krieg, Hunger, Verfolgung, Terror, Klima- und Umweltkatastrophen, Armut, Wirtschaftskrisen o.ä. flieht, ist in Not, Not hat viele Gesichter. Wir müssen unsere Begriffe also erweitern, fordert Andrea.



Wir wollen auch keine Verwertungslogik, denn Menschen teilt man nicht ein, ob sie nützlich sind oder nicht. Bei der Erarbeitung der Konzeption haben wir bemerkt, dass wir mit bisherigen Logiken brechen müssen. Darauf aufbauend haben wir vier Säulen eingerichtet: Einwanderungsrecht (nicht erzwungene Migration, Bleibewunsch, freie Wohnsitzwahl usw.), Asylrecht (Schutzsuchende, Unterbringung, Wohnungssuche, keine Schnellverfahren in so genannten „Ankunftszentren“), Staatsangehörigkeitsrecht (Geburtsprinzip statt Abstammungsprinzip) und Folgerecht (Inklusion in die politische Entscheidungsfindung, Anerkennung ausländischer Ab-

Herkunft zu kategorisieren. Stattdessen sollten doch die Bedürfnisse der Menschen selbst im Mittelpunkt stehen, nicht die Ansprüche der Ökonomie. Inklusion und Legalisierung, statt Abschottung und Begrenzung, so sollte unsere Maxime lauten. Staatsangehörigkeit wird oft auf „Blut berufend“ definiert. Das muss sich ändern, so Karen. Außerdem haben Millionen Menschen keinen Platz in dieser Welt, heute sagen wir dazu „People in Orbit“. Was bedeutet das? Das Zurückweisen von Schutzsuchenden an innereuropäischen Grenzen ist unmenschlich und ein weiterer Schritt zur Entrechtung

Wir wollen auch keine Verwertungslogik, denn Menschen teilt man nicht ein, ob sie nützlich sind oder nicht. Bei der Erarbeitung der Konzeption haben wir bemerkt, dass wir mit bisherigen Logiken brechen müssen. Darauf aufbauend haben wir vier Säulen eingerichtet: Einwanderungsrecht (nicht erzwungene Migration, Bleibewunsch, freie Wohnsitzwahl usw.), Asylrecht (Schutzsuchende, Unterbringung, Wohnungssuche, keine Schnellverfahren in so genannten „Ankunftszentren“), Staatsangehörigkeitsrecht (Geburtsprinzip statt Abstammungsprinzip) und Folgerecht (Inklusion in die politische Entscheidungsfindung, Anerkennung ausländischer Ab-

schlüsse). Das Einwanderungsrecht ist bei uns eben kein Fachkräftezuwanderungsrecht. Für uns stehen die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt und wir akzeptieren, dass es immer individuelle Gründe für Migration gibt. Es geht nicht um eine erlaubte Ausnahme zur Einreise, sondern die Einreise als solche soll legal sein. Jeder hat das Recht, hier legal zu leben. Dabei ist ein sozialer Anknüpfungspunkt wichtig, familiäre Beziehungen, Erwerbstätigkeit, Freiwilligendienste oder andere Gründe. Für uns stehen diese Gründe im Mittelpunkt. Das ist unser Paradigmenwechsel. Doch wie kann man nun eine legale Einreise ermöglichen? Natürlich wird es auch dann Ausschlussgründe und Einreiseverbote geben, Kriegsverbrecher werden beispielsweise nicht einreisen dürfen. Nach einem Jahr Aufenthalt gehen wir davon aus, dass soziale Anknüpfungspunkte gebildet wurden und sofern keine wesentlichen Gründe entgegen sprechen, wird eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis ausgesprochen. Jeder, der hier lebt, muss einen Anspruch auf Erwerbstätigkeit haben, einen Zugang zu Kitas, zu Bildung, zum Sozialsystem. Auch bei uns wird es eine Pflicht zur Ausreise geben und auch Abschiebungen. Doch diese Instrumente brauchen einen Rahmen. Wenn jemand mit dem Ziel einwandert, hier eine Straftat zu begehen, muss eine Ausweisung erfolgen. Wem in seiner Heimat Obdachlosigkeit oder Gefahren droht, darf jedoch keine Abschiebung erfahren. Dieser Punkt wird auch strittig diskutiert. Andrea stellte die Details der Konzeption vor, die ihr hier findet: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/debatte/einwanderungsgesetz/137i_Konzeption_LINKE_Fluechtlings_und_Einwanderungsgesetzgebung_neu.pdf

Taheera Ameer, Vertreterin der Migrant*innenorganisation Tutmonde in Stralsund, hält einen engagierten Vortrag und macht gleich klar, nach wie vor ist Teilhabe für Migrant*innen sehr schwierig. Es gibt Alltagsrassismus und strukturellen Rassismus. Ein krasses Unverständnis von demokratischer Kultur auf kommunaler Ebene ist existent, so Taheera. Das ist unser Hauptproblem, nicht nur die AfD oder andere Nazis. Was wir brauchen, ist mehr



Mut, die Realitäten anzuerkennen. Wie schlimm oder gut leben Migrant*innen? Wer die Realität sieht, muss handeln. Und wir müssen die Moralkeulen weglegen. Taheera sagt, sie will nicht mehr darüber reden, ob jemand rassistisch ist oder nicht. Sie meint, wir sind alle ein bisschen rassistisch, denn wir sind in unserer Region, die unsere Kultur seit Jahrhunderten geprägt hat, aufgewachsen. Wir machen Unterschiede zu allen anderen Menschen, die aus einer anderen Region kommen. Diese menschliche Schwäche wohnt allen inne, im Norden, im Süden, überall. Wer das akzeptiert, kommt einen Schritt weiter und kann an sich arbeiten. Am Ende ihres Vor-

trages macht sie viele konkrete Vorschläge, was vor Ort verbessert werden kann. Zum Beispiel: Kindertagesstätten beraten, geschulte Sprachmittler*innen vorhalten, Hilfe für traumatisierte Geflüchtete, die Anerkennung von Abschlüssen und vieles mehr. Diese Vorschläge greifen wir als Partei gerne auf.

Während der Mittagspause konnten alle Gäste anhand von Klebepunkten an einer Stellwand deutlich machen, welche dort angebrachten Forderungen und Positionen sie für wichtig erachten. Torsten Koplin fasste im Anschluss erste Ergebnisse zusammen. Notwendig ist die Erweiterung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie eine Öffnung des Einwanderungsrechtes. Die Kommunen müssen besser ausgestattet werden, im Integrationsleistungen erbringen zu können. Torsten bat darum, nicht davor zurückzuschrecken, klare Positionen zu vertreten. Im Anschluss folgte eine Generaldebatte mit zahlreichen Wortmeldungen und Gedanken. Es ging um die Geschichte von Migration und Flucht, Sprache, Integration vor Ort, Fluchtursachen, politische Bildung, soziale Spaltung, Frauenrechte, die Schaffung von Begegnungsräumen, Wohnraum für alle, das Akzeptieren von Unterschieden, die rechte Hetze und und und.

Am Ende wurde gemeinsam der Entwurf einer Resolution diskutiert. Punkt für Punkt ging die Versammlung durch den Text. Am Ende wurde die Resolution einstimmig beschlossen!

Eva-Maria Kröger

Hartz-IV-Sanktionen endlich abschaffen!

Zur Befassung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe mit den Hartz-IV-Sanktionen erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg:

„Wir erwarten, dass das Bundesverfassungsgericht einem Urteil des Sozialgerichts Gotha folgt, wonach Kürzungen der Leistungen verfassungswidrig sind. Zu Recht stellten die Thüringer Richter fest, dass es bei der Sicherung des Existenzminimums keinen Spielraum für Streichungen gibt. Es ist ein Skandal, dass es fast 15 Jahre gedauert hat, die Strafzüge zu überprüfen. So lange wurden die betroffenen Menschen noch stärker als ohnehin in die soziale Isolation, Krankheit und Schulden gestürzt.

Auch die Landesregierung trägt Mitverant-

wortung, denn sie hat sich über Jahre geweigert, ein Normenkontrollverfahren auf den Weg zu bringen. Deshalb tragen SPD und CDU Mitverantwortung für viel Leid, das hilfebedürftige Menschen auch bei uns im Land ertragen müssen. So wurden im August 2018 von 102 000 erwerbsfähigen Leistungsbeziehenden 3400 Menschen bestraft, weil sie beispielsweise einen Termin nicht eingehalten haben. Meine Fraktion hat die Landesregierung immer wieder aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Sanktionen abzuschaffen. Vor allem die extrem harte Strafe für junge Leute unter 25 Jahren, wonach diese bereits bei der ersten Pflichtverletzung komplett den Anspruch auf Unterstützung verlieren, ist unerträglich.

Die Sanktionspraxis insgesamt

ist unangemessen und entspricht eher der Pädagogik des 19. als des 21. Jahrhunderts. Sie ist überflüssig, teuer und zerstörerisch. Die Arbeitskraft, Zeit und finanziellen Mittel, die diese Praxis auffrisst, wären zur Vermittlung der langzeitarbeitslosen Menschen wahrhaftig besser verwendet.“



ROTFEDER UND DIE DIGITALISIERUNG AN DEN SCHULEN

Wenn ich durch die Gewässer meiner Heimat schwimme und mit Leuten ins Gespräch komme, dann höre ich immer wieder Klagen über Funklöcher, langsamen Zugang zum Internet und die schleppende Digitalisierung. Ganz besonders schlimm ist die Situation dabei für das Bildungswesen. Kinder aus begüterten Elternhäusern können nur müde über die Ausstattung ihrer Schule lächeln. Der schleppende Breitbandausbau wirkt sich negativ auf die Schulen aus. Linke fordern nicht nur ein Tablet für jeden Schüler in MV. Sie fordern ein durchdachtes Investitionsprogramm des Landes, das Kommunen unterstützen und die Digitale Spaltung im Land beenden soll.

Die regierende GroKo verweist dagegen

auf den Digitalpakt mit dem Bund – aber der stockt zur Zeit, ebenso ihre im letzten Jahr vorgestellte „Digitale Agenda“. Ein wesentlicher Punkt darin: Schulen für die digitale Zukunft fit machen. Die Linken sind der Meinung, dass digitale Medienbildung nicht davon abhängen darf, ob eine Schule in einer reichen oder armen Kommune steht. Sie fordern endlich leistungsfähige Internetanschlüsse und zeitgemäße Medienausstattung für alle Schulen, Weiterbildung für Lehrer, insgesamt also ein Gesamtkonzept.

Zuständig für die Ausstattung der Schulen sind die Träger, vorrangig die Kommunen. Und da können die Rostocker sich auf ihren Senator Steffen Bockhahn verlassen. Er hat kürzlich erfolgreich das

Konzept für die mediale Ausstattung der Rostocker Schulen durchgesetzt. Er ist kein von Lobbyisten gesteuerter Politiker. Er weiß wie Verwaltung im Gegensatz zu einer Firma funktioniert. Und das ist ein großer Vorteil gegenüber einigen seiner Konkurrenten im Wahlkampf um die Position des neuen Oberbürgermeisters. Das meint eure Rotfeder



◀ GESCHICHTE

ES GIBT KEIN HALBES GEDENKEN

Wenn wir jemandes gedenken, dann bedeutet es, dass dieser Mensch in unserem Leben eine besondere Bedeutung hat. So ist es für mich und viele andere Menschen mit Rosa Luxemburg. Sie und Karl Liebknecht wurden vor 100 Jahren von rechts-extremen Freikorps ermordet. Dieser brutale Doppelmord war der Auftakt für weitere rechtsterroristische Morde an Leo Jogiches, an Kurt Eisner und vielen unbekannt anderen.

Wenn wir uns an jemanden erinnern, lohnt es sich aber auch, nicht nur wehmütig oder, wie in diesem Falle, fassungslos und wütend in die Vergangenheit zu schauen, sondern aus den Ereignissen und den Taten und Ideen von einzelnen Schlüsse für die Gegenwart zu ziehen. Bei Rosa Luxemburg lohnt es sich in dreifachem Sinne. Sie war nicht nur ein naturliebender, sensibler und liebender Mensch – wie man aus den zahlreichen Briefen aus dem Gefängnis oder den Liebesbriefen an ihre Partner erkennen kann –, sie war ebenso eine messerscharfe Beobachterin, brillante Schreiberin und schonungslose Kritikerin. Dabei stand sie nie nur am Rand, sondern – und das ist vielleicht das wichtigste – griff immer aktiv in die Politik ein. Wenige Wochen vor



ihrem Tod gründete sie mit Karl Liebknecht die Kommunistische Partei Deutschlands. In den vielen Jahren davor war sie aktive Politikerin der SPD. Dort ließ sie es nicht aus, sich mit den führenden Männern anzulegen und brach einen Streit mit Eduard Bernstein über das Verhältnis von Revolution und Reform vom Zaun. Dabei ließ sie nicht zu, die Frage nur in die eine andere

Richtung zu beantworten, sondern entwickelte die Strategie einer revolutionären Realpolitik. Das, was im ersten Moment wie ein Widerspruch erscheint, bedeutet, dass wir uns nicht nur im Klein-Klein der Reformen verlieren dürfen, sondern

jede Reform darauf prüfen müssen, ob sie uns unserem Ziel – und das ist für mich der demokratische Sozialismus – näher bringt. Doch Luxemburgismus war in den meisten kommunistischen Parteien der Sowjetstaaten lange kein Lob, sondern ein Schimpfwort. Wer die sozialistische Idee so verwarf wie Stalin, dem müssen Rosa Luxemburgs Worte, dass die „Freiheit immer nur Freiheit des anders Denkenden“ sei, ein Dorn im Auge gewesen sein. Es kann also nicht sein, nur einen Teil von Rosa Luxemburg zu erinnern, sondern wir sollten aus ihr als ganzen Menschen lernen.

Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sollte uns auch heute eine Mahnung sein, wenn wir uns die Verfolgung dieses Verbrechens in Erinnerung rufen: die angeordnete Verschleppung der Ermittlungen und die Straflosigkeit der Mörder. Einige der Beteiligten lebten (und schwiegen) bis in die 1970er Jahre. Der Schulterchluss des sozialdemokratischen Volksbeauftragten Gustav Noske und des späteren Reichspräsidenten Friedrich Ebert mit den mordenden Freikorps lastet bis heute auf der SPD. Es ist erfreulich, dass aus Anlass der Novemberrevolution zum ersten Mal in der Geschichte eine Parteivorsitzende der SPD überhaupt in deutlichen Worten an die Verstrickung Noskes in den Mord an Luxemburg und Liebknecht hingewiesen hat.

Die heutige Bundesrepublik ist nicht Weimar. Aber im Angesicht von rechtsextremen Netzwerken, die Waffen horten und sich auf einen „Tag X“ vorbereiten, empfehlen sich keine feinsinnigen Feuilletonkritiken, die die Worte „Nazis raus“ als Beleg für eine „Verrohung des Diskurses auf der linken wie auf der rechten“ nehmen. Die Lehre aus dem rechten Terror zu Beginn der ersten deutschen Republik kann nur sein, dieser Redewendung ein Ausrufezeichen hinzuzufügen, denn „zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat“ (Rosa Luxemburg).

Katja Kipping

◀ AUS DER BÜRGERSCHAFT

BÜNDNIS FÜR WOHNEN ...

... ein Meilenstein in der Wohnungspolitik Rostocks

Auf Initiative unserer Fraktion unter Mitwirkung der CDU und Beitritt der SPD-Fraktion beauftragte die Bürgerschaft am 13.09.2017 den Oberbürgermeister zur aktiven und sozialverträglichen Weiterentwicklung des Rostocker Wohnungsmarktes ein Bündnis für Wohnen ins Leben zu rufen. Im November wurde eine Beschlussvorlage zur Gründung und zu den Zielsetzungen vorgelegt. Im Januar 2018 fand eine Auftaktveranstaltung statt. Die Beteiligten arbeiteten in vier Arbeitsgruppen an folgenden Themen:

1. Wohnungsbauoffensive
2. Bereitstellung von Grundstücken
3. Bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten
4. Integrative Wohnungspolitik
5. Energieeffizienz sichern
6. Monitoring und weitere Zusammenarbeit

Als sachkundige Einwohnerin unserer Fraktion arbeitete ich in der Arbeitsgruppe „Bezahlbaren Wohnraum erhalten“ mit. Meine Erwartungen waren hoch. Ich hatte die Zielstellung zum Wohnen unserer Partei im Hinterkopf – u.a.:
- Sozialen und bezahlbaren Wohnraum schaffen
- Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen auf **soziale** Ziele verpflichten
- Sozialwohnungen erhalten und bei Neubau mindestens 30% sichern
- Kommunales Vorkaufsrecht wahrnehmen
- Städtischer Boden bleibt in städtischer Hand.

Jetzt, ein Jahr später, sehe ich ernüchternd realistisch auf die Zeit zurück – vielleicht konnte auch kein besseres Ergebnis erreicht werden? **Positiv** ist, dass eine Vereinbarung am 30. Januar der Bürgerschaft vorgelegt wird, die als „**kleinster, gemeinsame Nenner**“ bezeichnet werden kann.

Die Arbeitsgruppen, die im Durchschnitt 20-25 Mitglieder hatten, besprachen auch neben den vorgegebenen Themen weitere wie z. B. die Wohnraumversorgung von Migrant*innen. Nach in der Regel drei Sitzungen, in denen die Diskussionen zu Beginn sehr kontrovers geführt wurden, konnte man sich auf eine Reihe von Einzelregelungen und einen Rahmentext verständigen. Die Interessenlagen der

einzelnen Mitwirkenden waren sehr unterschiedlich, so dass gerade bei streitigen Themen sich nur Kompromisse finden ließen. Bei über 18 Bündnispartnern und weiteren Mitwirkenden wie die Fraktionen der Bürgerschaft, der Immobilienverband Deutschland, IVD Region Nord e.V., die IHK u. a. Die Vereinbarung wurde für den Zeitraum 2018-23 fixiert. Nachfolgend einige ausgewählte Inhalte:

Zum Stichtag 31.12.2017 sind 208.516 Bürger mit ihrem Hauptwohnsitz in Rostock erfasst. Nach der stadt eigenen Bevölkerungsprognose wächst Rostock auf 230.950 Einwohner*innen an. Der Neubedarf liegt laut Vereinbarung bei **über** 1.200 WE pro Jahr von 2018-2023.

Es wurden Rahmenbedingungen und Ziele für die Bauleitplanung (wichtigstes Instrument der Flächenentwicklung) vereinbart. Es gibt Verpflichtungen, in der Innenverdichtung als auch im Vorgriff von Bebauungsplänen frühzeitig Öffentlichkeitsbeteiligungen durchzuführen.

Weiterhin spielt der Ressourcenschutz eine große Rolle. Es gibt Festlegungen zu effektiveren Planungs- und Genehmi-

ten spielte ebenfalls eine große Rolle im Spannungsfeld zu Kosten, Funktionalität und Wohnumfeldgestaltung. Weitere Bereiche sind der Stadt-Umland-Raum Ausschreibungen/Konzeptausschreibungen, die Bereitstellung von Grundstücken.

Besonders schwierig waren die Debatten zum Thema Bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten. Die Festlegungen konzentrierten sich zunächst auf die **Senkung der Baukosten**. Eine Stellschraube für die Baukostenreduktion sind die **Stellplätze in Tiefgaragen** (10% der Baukosten).

Auch die Spielplatzsatzung spielte eine Rolle, aber eine „Kinderfreundliche Stadt“ sollte gerade deshalb die Festlegung der Landesbauordnung, „ab 3 Wohnungen ausreichend große Spielfläche für Kinder der Altersgruppe 6 Jahre“ zu gewährleisten, erfüllen.

Entscheidend für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist aber die **Verbesserung der Bedingungen der Förderrichtlinie für das Landesprogramm Wohnungsbau Sozial**. Die Anpassung der Fördermittel an die realen Baukosten ist

zwingend erforderlich. Zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit altersgerechten Wohnungen ist auch die Nutzung des Landesprogramms „Personenaufzüge und Lifte, barrierefreies Wohnen“ durch die Bündnispartner wichtig.

Für die Aufstellung von **Mietspiegeln** finden sich ebenfalls Festlegungen in der Vereinbarung. Aufgabe der Mietspiegel ist es, die ortsüblichen Mieten für vergleichbare Wohnungen darzustellen. Da aber alle 2 Jahre neue Mietspiegel aufgestellt werden und **nicht** die Bestandsmieten sondern die des Neubaus einfließen, wird der **Mietspiegel zum Preistreiber!** Das haben wir stark kritisiert. Wenn dann der BFW künftig im Arbeitskreis Mietspiegel mitwirkt, steigen die Mietpreise trotz der Mietpreissbremse, die keine ist, weiter.

Ich könnte hier noch viele Probleme aufzählen – aber alle Interessierten können die Vereinbarung im KSD einsehen.

Abschließend ist positiv zu vermerken, dass ein Monitoring und eine weitere Zusammenarbeit der Bündnispartner vorgesehen sind. Eine breite Einflussnahme unsererseits in allen Arbeitsgruppen sollte gewährleistet werden.



gungsverfahren. Die Landesbauordnung wurde 2006 und 2016 novelliert. Schon jetzt werden Wohngebäude zu 70% im Vereinfachten Baugenehmigungsverfahren geprüft. Trotzdem braucht es in Rostock länger als in anderen Regionen des Landes. Die Stadtverwaltung ist eine Verpflichtung zur Einführung von digitalem Planungs- und Genehmigungsverfahren eingegangen.

Die Sicherung **städtebaulicher Qualitätä-**

Regine Lück

◀ KURT KAISER

600 JOHR UNIVERSITÄT ROSTOCK

In Memoriam, tau Erinnerung an Lihrer, Forscher un Studenten, de uns 600jöhriige Uni-Geschicht mitschräwen hemm.

Siet 1519 hett de Uni Rostock 908 Mal ehren Rektor wählt.

Früher würn de Rektoren tauierst alle half Johr wählt, nahsten jedet Johr, un gegenwartig alle 5 bet 8 Johr.

Uns Geschichte is untrennbor mit denn Namen **Lauremberg** verbunnen.

Wilhelm Lauremberg, Professor von de Medizinisch Fakultät, wūr as 325. Rektor anno 1584, 337. anno 1590 un 354. Rektor anno 1599 wählt. In Solingen 1547 burn, studierte Wilhelm Lauremberg hier 1570 bi *David Chyträus* un wūr bi Peter Memmius as Huslihrer anstellt. 1581 folgte sien Promotion tau ´n Philosophie-Magister un de Heurat mit Johanna Longolia. Dat glieke Johr wūr hei ok Rätliche Professor von de Medizin un Stadtphysikus in Rostock als Nahfolger von Peter Memmius,

1587 wūr Lauremberg tau ´n Dr.med. promoviert un praktizierte as Arzt. Tau siene Patienten gehörte ok de Königin Sophie von Dänemark.

1594 un 1606 wūr hei ok Dekan von de *Medizinisch Fakultät* un nehm ok dat Amt det Stadtphysikus in, wat soväl bedühd, as hüt ein Stadt-orer Kreisarzt.

Wilhelm Lauremberg Senior beseet denn Ihrentitel: „*Hertochliche Professor för Medizin un Höhere Mathematik.*“ Nah ein arbeitrieket Läben in dat hei denkwürdige Spuren hinnerlöt, starwt hei an ´n 2. Fe-

bruar 1612 in Rostock.

Ut uns hütig Sicht, wūr „Willem“ ein Multifunktionär, de ok noch mit sien Fru för gauden Nahwuchs sorgte, de dat Universitätsläben in Rostock prägen:

Peter Lauremberg (1585–1639), Uni-Rektor un Schriftsteller. As sien Vadder,



Unser Autor übergab an Oberbürgermeister Roland Methling sein erstes plattdeutsches 7-Bücher-Set zum 800. Stadtjubiläum

studierte Peter Medizin und Astronomie in Rostock und bekehr hier 1607 denn Magistergrad. 1611 promovierte Peter Lauremberg tau ´n Doktor för Medizin in Paris un nehm an de Universität von Montauban sien ierst Professur för Philosophie an. Nah knapp drei Johr verlöt hei Frankreich un kührte 1614 in de Heimat tröch, wo hei ein Anstellung as Professor för Mathematik und Physik an dat Hamburger Akade-

mische Gymnasium kreech. 1624 folgte hei denn Raup as Professor für Poesie, Mathematik un Medizin an dei Universität Rostock, tau deren Rektor hei 1635 wählt wūr.

Conrad Lauremberg (1585 bit nah 1627), Subkonrektor an de Domschau in Schwerin und Pastor in Alt Bukow. **Katharina Lauremberg** (1587–1651) wūr af 1604 verheiratet mit denn Theologen Eilhard Lubin, de as Philosoph un Mathematiker in Rostock wirkte.

Johann Lauremberg (1590–1658), Mathematiker, Kartograph sowie niederdütscher Dichter, studierte 1605 in Rostock un makte an ´n 8. November 1610 hier sien Magisterexamen. Twischen 1612 und 1617 unnernehm hei Bildungsreisen nah Holland, England, Frankreich un Italien, studierte 1613 bit 1616 Medizin in Paris; 1616 promovierete hei in Reims tau ´n Doktor för Medizin. Von 1618 bit 1623 wūr hei Professor för Poesie an de Universität Rostock un teikente 1622 ein Landkort von Mekelnborg, de 1664 Bestandteil det *Rostocker Groten Atlas* wūr.

Johann Lauremberg hett nahen mathematische un pädagogisch Schriften ein lateinische Tragödie, lateinische und dütsche Gedichte un unner annern ok plattdütsch Gedichte schräben. **Wilhelm Lauremberg Jun.** wūr as sösst Nahkahmen von de Lauremberg-Familie 1598 burn, un is ok Mediziner worden. Ein Straat in uns Hansesstadt erinnert an Lauremberg.

◀ GEDENKEN

In Rostock versammelten sich am Holocaust-Gedenktag (27. Januar) viele Menschen am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus im Rostocker Rosengarten. Sie gedachten der Millionen Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft.

Viele junge Menschen waren diesmal mit dabei. Darüber freuen wir uns ganz besonders. Auch für sie ist Gedenken kein leeres Ritual, sondern ständige Mahnung, dass Frieden und Menschlichkeit stets aufs Neue zu verteidigen sind. Für uns ist der Schwur von Buchenwald hochaktuell: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Im Anschluss fand auf dem Neuen Friedhof eine von der Stadt organisierte Gedenkveranstaltung statt, die in diesem Jahr besonders an die Zwangsarbeiter*innen erinnerte. Schüler*innen aus dem Schulprojekt „Freigeister“ trugen Texte überlebender Zwangsarbeiter*innen aus Rostock und Umgebung vor.



TERMINE

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Mo., 4.2.	16:00 Uhr	Neumitgliedertreffen mit MdL Karen Larisch und Peter Hörnig	Güstrow	Roter Salon, Markt 34
Mo., 4.2.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Güstrow	Am Wall 5-6
Mi., 6.2.	16:30 Uhr	Aufstellungsversammlung zur Kommunalwahl BO Lambrechtshagen	Lambrechts hagen	Gemeinschaftshaus Allershäger Str.
Mo., 11.2.	19:00 Uhr	Aufstellungsversammlung zur Kommunalwahl BO Satow	Satow	Rathaus Heller Weg
Di., 12.2.	18:00 Uhr	Aufstellungsversammlung zur Kommunalwahl OV Bad Doberan	Bad Doberan	Kornhaus Klosterhof 1
Di., 19.2.	18:00 Uhr	Aufstellungsversammlung zur Kommunalwahl BO Papendorf	Papendorf	MGH Alte Schule 1
Di., 19.2.	19:00 Uhr	Aufstellungsversammlung zur Kommunalwahl Gemeinde Stäbelow	Papendorf	MGH Alte Schule 1
Fr., 22.2.	18:00 Uhr	Aufstellungsversammlung zur Kommunalwahl BO Teterow/Amtsbereich Meckl. Schweiz	Teterow	Taj Palace, Warener Str. 10
Mo., 25.2.	10-15 Uhr	Gedenken an Mehmet Turgut	Rostock	N.N.
Mo., 25.2.	17:00 Uhr	Aufstellungsversammlung zur Kommunalwahl BO Schwaan	Schwaan	Seniorenclub Markt 9
Mi., 27.2.	16:00 Uhr	Sitzung des Kreistages		

AKTUELLES

STREIT UM DAS JÖRNBERGAREAL

Das Jörnberg-Restaurant mit Gästezimmern bildet zusammen mit einer Freilichtbühne, dem Krakower Fußballplatz und der denkmalgeschützten Badeanstalt **das** touristische Ensemble der Stadt Krakow am See. Das Gebiet gehört den Bürgern unserer Stadt. So manch ein älterer Krakower Bürger erinnert sich noch daran, das Jörnberg-Restaurant mit aufgebaut zu haben – als Projekt des Nationalen Aufbauwerks zum Ende der 50er Jahre. Die Krakower haben sich damit einen Raum zum Feiern unzähliger Familienfeste, Hochzeiten, Vereinsfeiern und vielem mehr geschaffen. Direkt neben diesem Areal gibt es das Kontrastprogramm an der Straße Am Möwenweg. Das große Gelände mit der ehemaligen Berufsschule und das ehemalige Gästehaus der Bezirksregierung wurden von der Treuhand in den 90ern privatisiert und verfallen seit dieser Zeit zu Ruinen.

Das Jörnberg-Restaurant weist mittlerweile bauliche Mängel auf. So gab es viele Initiativen (vor allem von den Linken im Stadtparlament) zur Sanierung des Gebäudes. Vom Finanzausschuss wurde ein Finanzierungsplan empfohlen und Gelder zur Sanierung in den Haushalt eingestellt. Die Fraktion DIE LINKE gründete eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Rettung des Gebäu-

des und lotete Fördermöglichkeiten aus, um das Restaurant zu einem Kurhaus mit angeschlossenem Restaurant umzugestalten. Ein Projekt der Hochschule Wismar enthielt ebenfalls gute Ideen zur Umgestaltung.

Die Sanierung fand jedoch keine Mehrheit in der Stadtvertretung und seit 2018 interessiert sich nun eine Hotel-Betreiber-gesellschaft für beide oben genannten Areale. Diese Firma betreibt verschiedene große Hotels (ab 100 Zimmer) in Deutschland und Europa. Sie sucht Investoren, Banken zur Refinanzierung, lässt Businesspläne und Baupläne erarbeiten und pachtet dann das Hotel langfristig.

Nun heißt es Chancen und Risiken abzuwägen. Ein großes Hotel bedeutet Arbeitsplätze, Mehreinnahmen für die Stadt durch Kurtaxe und Steuern. Andererseits suchen Investoren in dieser Niedrigzins-Zeit über-



IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.000

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

all nach Grundstücken als Spekulationsobjekt, und wenn dort viel Zeit verloren geht, haben wir mit dem Restaurant und der Freilichtbühne weitere Ruinen. Die Krakower haben dann jedoch die Hoheit über ihr „Sahnestück“ für immer verloren.

Für uns LINKE in Krakow am See ist dabei vor allem die Meinung der Krakower Bürger wichtig. Deshalb setzen wir uns für einen frühzeitigen Bürgerentscheid ein. Wollen wir als Stadt das Wagnis mit der Betreiber-gesellschaft RIMC eingehen, oder behalten wir das Jörnberg-Restaurant und die Freilichtbühne in öffentlichem Eigentum? Es bleibt spannend in Krakow am See.

*Dr. Christoph Küsters
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE in der Stadtvertretung Krakow am See*

◀ DEBATTE

GIBT ES EINEN KOSTENLOSEN NAHVERKEHR?

Nein, aber es gibt das kostenlose Mitfahren im Nahverkehr! Das wird meistens gemeint, wenn man von kostenlos spricht. Für mich ist dieses Ziel als Mitglied der Rostocker Fraktion das Finale eines langen Kampfes, um allen Menschen Mobilität zu verschaffen. Dabei liegt der Schwerpunkt darauf, dass die Bevölkerung auf den Nahverkehr umsteigt. Wenn die Bevölkerung kostenlos fahren kann und trotzdem die meisten Rostocker mit Autos fahren, d.h. der motorisierte Individualverkehr wird nicht zurückgedrängt, dann haben wir als Partei DIE LINKE nichts gekonnt. Das Umsteigen der Menschen auf den Nahverkehr ist zunächst nicht abhängig vom kostenlosen Mitfahren, sondern von der Qualität. Bürger, die nicht einkommensschwach sind, zahlen durchaus einen Beitrag für den ÖPNV.

Die Qualität beginnt mit kurzen Taktzeiten bis in die Nacht hinein und nicht nur während des Berufsverkehrs. Es fordert auch umweltfreundliche Technologien, eine gute Infrastruktur und dies auch mit Linien in Gegenden, wo die Busse oder Straßenbahnen unrentabel fahren müssen. Vor allem Linien, die immer weniger ein Umsteigen nötig machen!

Solche Ziele sind rein wirtschaftlich gesehen unrentabel und müssen gefördert werden. Denn es kostet viel Geld. Neue Fahrzeuge müssen gekauft werden, die Werkstätten der RSAG erweitert werden, das Personal ist zu erhöhen und Ausgleichszahlungen sind der RSAG für unrentable Strecken zu zahlen. Um das Schü-

lerticket kostenfrei zu gestalten, muss die Kommune 3 Mill. Euro jährlich im Haushalt einplanen! Der Kampf der Fraktion gegen Preiserhöhungen und um Ermäßigungen für Einkommensschwache ist weiterhin eine große Aufgabe für die neue Fraktion, aber auch für unsere Partei. Es wird darauf ankommen, schrittweise unserem „kostenlosen Nahverkehr“ näher zu kommen.

Das größte Problem bleibt bei der Umsetzung ist, dass die Kommunen vom Land und Bund im Stich gelassen werden. Rostock bekommt z.B. für einen Elektrobuss keine Fördermittel, da die Luft bei uns zu sauber ist und deswegen passen wir nicht in den Fördertopf des Bundes!

Deswegen geht man in Kommunen, die einen kostenlosen Nahverkehr eingeführt haben – wie die Stadt Bologna – den Weg, von den Einkommensstärkeren einen Beitrag für die Infrastruktur zu verlangen. Diese Stadt ist dazu übergegangen, einen Nahverkehr mit hoher Qualität und solidarischen Tarifen zu organisieren. Die Tarife sind nach sozialer Lage gestaffelt und kostenlos für die Einkommensschwächsten. In Wien können die Bürger für 360 EURO das ganze Jahr den Nahverkehr nutzen. Aber dies kann auch nicht jeder bezahlen, so dass auch hier Tarife für Einkommensschwache und ermäßigte Zeitkarten greifen. Die Stadt Wien hat dafür Parkgebühren in der Stadt beschlossen, dagegen sind die Rostocker Tarife harmlos.

Andreas Engelmann



„Erinnerungen an den Sommer in Krakow“ Aus dem Skizzenbuch von Wolfgang Bergt

Up un Dal



Gewinner des Monats: Grundstückseigentümer. Der Landtag hat am 23.1. den Startschuss für die Arbeit an einem Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Mecklenburg-Vorpommern gegeben. Die vier- bis fünfstelligen Abgabe, die von Grundstückseigentümern nach der Modernisierung der Straße vor ihrem Haus gezahlt werden muss, soll ab 2020 wegfallen. Für Baumaßnahmen, die seit dem 1. Januar 2018 begonnen wurden, sollen die Beiträge bereits nicht mehr erhoben werden.

Verlierer des Monats: Bildungsministerin von M-V Birgit Hesse (SPD) gerät wegen missverständlicher Äußerungen zu möglichen Gewinnerwartungen an der landeseigenen Universitätsmedizin Rostock unter Druck. Die SPD-Politikerin hatte vor Monaten in einem Zeitungsinterview sinngemäß erklärt, Sondervergütungen des Vorstands seien nicht an Gewinne gekoppelt. Eine jetzt von der Ostsee Zeitung veröffentlichte Zielvereinbarung mit Vorstandsmitgliedern lässt diese Aussage jedoch zweifelhaft erscheinen.

MONATSAHL

Bei der Digitalisierung rangiert Mecklenburg-Vorpommern bundesweit am Ende. Im kürzlich vorgestellten Vergleich von 401 Kreisen und Städten im Auftrag des Handelsblatts gab es diese Platzierungen: Landkreis Rostock 398, Ludwigslust-Parchim 397, Nordwestmecklenburg 381, Vorpommern-Greifswald 380, Mecklenburgische Seenplatte 375, Vorpommern-Rügen 373, Hansestadt Rostock 119, Schwerin 91. (Quelle: Ostsee-Zeitung.de, 7.11.2018)

LYRIK

Warum (von Janina Niemann-Rich)

Wasserhahntropfen
zermartern mein Hirn
im Jetzt

Farbe (von Jürgen Riedel)

In der Regel ist Rosa
politisch rückschrittlich:
zwischen links und link
SPD seit 1914
ausnahmsweise ist Rosa
politisch fortschrittlich:
Vorname der Frau
die Kapitalismus ächtete
eine echte Demokratie
1919 schaffen wollte